



Interviews

Datum: 28.07.2023

Jasper Barenberg im Gespräch mit Nils Schmid

Jasper Barenberg: Am Telefon ist Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag. Schönen guten Morgen.

Nils Schmid: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Was können Sie uns darüber sagen, wie es den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Niger geht?

Schmid: Nach allem, was wir hören und wissen, geht es den deutschen Soldatinnen und Soldaten gut. Sie sind nicht gefährdet, sie sind in Sicherheit. Das gilt übrigens für alle Ausländer. Wir haben überhaupt keine Anzeichen für Gewalt, für Kämpfe, und hoffen, dass das so bleibt, dass Niger nicht abrutscht in interne Auseinandersetzungen oder gar bürgerkriegsähnliche Zustände. Dafür gibt es im Moment überhaupt keine Anzeichen.

Barenberg: Wir haben gerade gehört, wie wichtig der Militärstützpunkt in Niger ist. Wir haben gehört, dass die Putschisten den Luftraum gesperrt haben. Heißt das nicht, dass die Bundesehrangehörigen, dass die Angehörigen auch der Botschaft mehr oder weniger im Moment abgeschnitten sind?

Schmid: Die Sperrung des Luftraums ist nach meinem Stand bis 4. August erklärt worden. Das ist eine Standardmaßnahme bei Putschen, muss man leider sagen, denn es ist ja nicht der erste Putsch in Niger. Auch vergangene Putsche haben dazu geführt, dass die Grenzen abgeriegelt worden sind. Das muss man im Auge behalten. Aber wir gehen davon aus, dass diese Abriegelung nicht von Dauer ist, und setzen darauf, dass Niger weiterhin seine Verpflichtungen aus der Zusammenarbeit mit

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

den westlichen Partnern erfüllt und dass insbesondere der Abzug aus Mali wie geplant stattfinden kann. Wer immer in Niger das sagen hat, hat kein Interesse daran, jetzt diese Frage zu einem Streitpunkt mit anderen Ländern zu machen. Niger ist ja nicht direkt beteiligt bei der Minusma-Mission, sondern es geht um die Abwicklung dieser Mission auf Wunsch der malischen Regierung. Ich sehe nicht, wo der Mehrwert einer Auseinandersetzung einer nigrischen Regierung sein sollte, wenn man jetzt diesen Abzug versucht zu hintertreiben.

Barenberg: Aber in Mali haben wir genau das im Laufe der Monate, der Jahre erlebt – eine Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten, eine Zusammenarbeit auch mit der Bundesregierung, die dann immer schwieriger, die am Ende unmöglich wurde und wo der Abzug dort überhaupt erst provoziert wurde. Welche Anzeichen haben Sie dafür oder wo schöpfen Sie Ihre Hoffnung her, dass das in Niger jetzt anders sein könnte?

Schmid: Wir sprachen ja über den Abzug aus Mali, wo Niger kein Interesse hat, den in irgendeiner Weise zu blockieren oder zu hintertreiben. Auf einem anderen Blatt steht die Frage, wie geht es weiter mit dem Einsatz der Bundeswehr und anderer europäischer Partner in Niger selbst. Das ist eine offene Frage. Da wissen wir nicht, wie es weitergeht. Da ist es auch jetzt nicht der Zeitpunkt, vorzeitig Schnellschüsse abzugeben und schon jetzt eine Entscheidung zu treffen. Aber klar ist auch: In einer solchen Lage muss erst mal im Land geklärt sein, wer das Sagen hat. Das ist offensichtlich noch im Fluss. Aber ebenso klar ist, dass auch die Möglichkeit eines Abzugs in Betracht gezogen werden muss, je nachdem wie die nigrischen Behörden, die nigrischen Regierungsstellen das in Zukunft sehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es zu einem solchen Abzug kommt, und selbstverständlich ist die Bundesregierung, ist die Bundeswehr auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Barenberg: Jetzt haben Sie gesagt, das ist noch im Fluss, wer im Niger jetzt das Sagen hat. Das heißt, Ihre Einschätzung ist nicht, dass dieser Militärputsch vollzogen ist, der Präsident abgesetzt und die gesamte Regierung, und wir uns jetzt darauf einstellen müssen, dass es dort eine Militärregierung gibt?

Schmid: Wir müssen leider damit rechnen, auch aufgrund vorangegangener Putscherefahrung in Niger und in anderen Ländern der Region, dass es für Bazoum und

die legitime Regierung extrem schwierig ist, wieder ins Amt zurückzugelangen. Das hängt von den Kräfteverhältnissen bei den Streitkräften ab. Im Moment zeichnet sich ab, dass über alle Teilstreitkräfte hinweg, Polizei, Gendarmerie und Militär selbst, auch inklusive Präsidentengarde, Bazoum einen schweren Stand hat und offensichtlich keine ausreichende Unterstützung hat, um den Putsch sofort niederzuschlagen, wie es schon mal zu Beginn seiner Amtszeit ihm gelungen ist, wo es ebenfalls Anzeichen eines Putsches gab. Insofern müssen wir uns darauf einstellen, dass Bazoum nicht wieder die tatsächliche Macht im Land wiedererlangt, und das wäre ein bitterer Rückschlag, denn zum ersten Mal gab es einen demokratischen Regierungswechsel in Niger durch den Übergang von Präsident Issoufou zu Präsident Bazoum aufgrund von Wahlen. Das ist für Niger selbst mit seiner wechselvollen Geschichte der Demokratie, aber auch für die Region ein schwerer Rückschlag und extrem beunruhigend, wenn dieser Putsch dann tatsächlich gelingt.

Barenberg: Wir haben gerade die Einschätzung von Ulf Lessing gehört von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der seit vielen Jahren ein guter Kenner der Sahel-Region ist, und der hat sehr deutlich formuliert: Niger als Anker der Stabilität in der Region, das war eine Illusion. – Auch die Ampel-Regierung hat sich diese Illusion gemacht. Wir haben gerade noch mal den Verteidigungsminister gehört und auch den Bundeskanzler. Müssen Sie sich diesen Schuh anziehen, dass das eine gravierende Fehleinschätzung war?

Schmid: Eine gravierende Fehleinschätzung ist aus meiner Sicht zu weitgehend. Im Nachhinein ist jeder schlauer. Aber auch die Konrad-Adenauer-Stiftung und andere Stiftungen und Beobachter in der Region haben zunächst einmal sehr positiv vermerkt, dass es in Niger gelungen ist, demokratische Wahlen abzuhalten, mehrfach nacheinander, und dass es zu diesem demokratischen Machtübergang gekommen ist.

Dass in der Sahel-Region, auch in Niger die Gesellschaften sehr instabil sind, dass wirtschaftliche Entwicklungsfragen ungelöst sind, dass islamistische Tendenzen auf dem Vormarsch sind, das war alles bekannt und das wusste die Bundesregierung. Das wussten wir im Bundestag, als wir das Mandat beschlossen, sehr wohl. Aber es ist immer eine Frage, gibt man auf oder versucht man, auch von außen diese Entwicklung zu stützen. Wir sind sehr daran interessiert, die Sahel-Region insgesamt ganz breit, nicht nur mit militärischen Mitteln, sondern auch mit wirtschaftlicher Ent-

wicklung zu begleiten. Svenja Schulze, die Entwicklungshilfeministerin, hat den Vorsitz der Sahel-Allianz übernommen. Das ist ein klares Bekenntnis Deutschlands, dass wir diese Region nicht aufgeben wollen.

Barenberg: Es gibt auch Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von, wenn ich es richtig weiß, mehr als 100 Millionen Euro für die nächsten Jahre. Gerade sollte verhandelt werden über künftige weitere Summen. Können Sie sich vorstellen, dass es bei dieser Zusammenarbeit bleibt, jetzt auch unter diesen neuen Vorzeichen?

Schmid: Es ist ganz wichtig, die guten Beziehungen zu Niger, die seit der Anerkennung der Unabhängigkeit durch Deutschland (Westdeutschland) sehr früh, Anfang der 60er-Jahre entstanden sind, fortzusetzen zu Gunsten der Menschen dort. Wir werden sicher genau hinschauen, welche Entwicklungshilfeprojekte unter welchen Umständen fortgeführt werden können, aber klar ist, die Bevölkerung darf den Preis nicht dafür bezahlen. Genauso klar ist aber auch, dass diejenigen, die den Putsch zu verantworten haben, auch mit Konsequenzen rechnen müssen. Deshalb ist es gut, dass ECOWAS, die westafrikanische Gemeinschaft, jetzt sehr stark sich engagiert, eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen anmahnt. In der Vergangenheit hat ECOWAS auch die Verantwortlichen von Putschen sanktioniert. Es ist ganz deutlich geworden, auch in Afrika selbst sind Putsche keine Selbstverständlichkeit, sondern verdammenswert, und deshalb werden wir zusammen mit ECOWAS auch diesen Aspekt zu berücksichtigen haben, wenn der Putsch erfolgreich beendet ist.

Barenberg: Aber für den Moment können wir absehen, es gibt zwei, die davon profitieren: Das eine sind die islamistischen Terroristen in der Region und das andere ist Russland. Russland hat seinen Einfluss schon im Nachbarland Mali ausgeweitet und jetzt werden auch schon in Niger russische Flaggen geschwenkt.

Schmid: Ja, es ist klar, dass Russland versucht, opportunistisch aus allen Schwächen der Beziehungen von Ländern zum Westen Profit zu ziehen. Der Putsch selbst ist offensichtlich auf innernigrische Ursachen zurückzuführen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Wagner-Truppen oder Russland selber direkt hinter dem Putsch steckt. Aber dass Russland versucht, in solchen Situationen reinzugehen, und dass

Russland schon in den vergangenen Monaten und Jahren antifranzösische Propaganda, Desinformationspolitik auch in Niger betrieben hat, ist klar. Deshalb haben wir ein Interesse daran, diese Länder unabhängig von Russland zu stützen, so wie wir es mit Präsident Bazoum auch versucht haben, und wir werden sehr genau den möglichen russischen Einfluss in Niger beobachten. Im Moment, will ich aber noch mal unterstreichen, deutet alles auf innernigrische Gründe hin, Unzufriedenheit in der Armee, Unzufriedenheit mit der Sicherheitslage, Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Also Vorsicht bei zu schnellen Schlüssen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.